

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Baden-Württemberg 2009/2010 (BVAnpGBW 2009/2010)



Manfred Groh, MdL

Abg. Manfred Groh CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie Staatssekretär Fleischer soeben ausgeführt hat, haben wir heute in erster Lesung den Gesetzentwurf zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge für die Beamten des Landes Baden-Württemberg zu beraten. Bei diesem Besoldungsänderungsgesetz geht es in erster Linie darum, eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifabschlusses für die Jahre 2009 und 2010 zu beschließen.

Zum 1. März 2009 und zum 1. März 2010 sollen die Grundgehälter und Versorgungsbezüge erhöht werden. Dieser Zweistufenplan sieht eine lineare Erhöhung von 3 % und 1,2 % vor, ergänzt durch eine Einmalzahlung von 40 €. Dabei werden alle Besoldungsordnungen gleichermaßen behandelt, das heißt, die Besoldungsordnungen A, B, C, W und R sind mit denselben Steigerungsraten fortgeschrieben worden.

Da, wie Herr Staatssekretär Fleischer schon ausführte, eine Gleichstellung zum tariflichen Bereich erfolgen soll, sind die für die Monate März und April vorgesehenen Besoldungserhöhungen durch Abschlagszahlungen im Monat Mai 2009 bereits gewährt worden. Dass wir uns erst heute in Erster Beratung mit dieser

Beamtenbesoldungserhöhung beschäftigen, hat mit organisatorischen Gründen zu tun und bedeutet nicht, dass die Beamten schon wieder eine Gehaltserhöhung bekommen würden. Darauf wollte ich besonders hinweisen.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Ich komme gleich darauf zurück!)

– Dann ist es gut.

Zu dem Tarifabschluss, der bis 31. Oktober 2010 vereinbart wurde, müssen auch die Personalmehrausgaben etatisiert werden. Für das laufende Haushaltsjahr 2009 ist dies durch die Veranschlagung im Staatshaushaltsplan bereits erfolgt, und für 2010 ist die mittelfristige Finanzplanung entsprechend korrigiert und fortgeschrieben worden.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir werden uns ja recht bald mit dem Haushaltsplan 2010/2011 zu beschäftigen haben und die weiteren finanzpolitischen Auswirkungen im aktiven Dienst wie auch im Versorgungsbereich dann ganz konkret zu bewerten haben.

Auch die CDU-Fraktion sieht in dieser Besoldungserhöhung eine leistungsgerechte und sozial gerechte Beteiligung der Beamtenschaft an der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung. Andererseits gilt es aber auch, die kommenden Haushaltsjahre im Blick zu haben und bei den anstehenden Diskussionen, beispielsweise um die Dienstrechtsreform, die finanzpolitischen Konsequenzen nicht ganz außer Acht zu lassen.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Wann kommt die Dienstrechtsreform denn?)

Notwendige Reformen zur Steigerung der Attraktivität des Beamtenverhältnisses und das finanzpolitisch Machbare müssen dabei eng aufeinander abgestimmt werden.

Wir alle wissen: Die Beamten des Landes leisten hervorragende Arbeit. Wir wissen aber auch: Die Haushaltssituation lässt nicht die Erfüllung aller Wünsche zu.

Die CDU-Fraktion stimmt diesem Gesetzentwurf uneingeschränkt zu.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)